

PRESSEMITTEILUNG

Nürnberg, den 02. Dezember 2014

Willkommenskultur sieht anders aus!

Aktueller Gesetzentwurf des Bundesministeriums des Inneren „zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ ermöglicht pauschale Kriminalisierung von Flüchtlingen

Im April hatte das Bundesministerium des Inneren einen „Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ vorgelegt. Am 3. Dezember wird das Kabinett seinen Beschluss zu diesem Gesetz fassen, anschließend wird das Gesetz in den Bundestag eingebracht und aller Voraussicht nach abgesehen.

AGABY begrüßt die im Gesetz vorgesehene stichtagunabhängige Bleiberechtsregelung und die Verbesserungen beim Bleiberecht für Jugendliche und Heranwachsende.

„Allerdings sind diese Verbesserungen so gefasst, dass viele Geduldete nicht davon profitieren können. Somit werden die vielfach angeprangerten Kettenduldungen auch mit dem neuen Gesetz nicht abgeschafft“, so Mitra Sharifi, Vorsitzende der AGABY.

Grundsätzlich abgelehnt werden von AGABY die vorgesehenen Regelungen zur Aufenthaltsbeendigung. So enthält der Gesetzentwurf eine Definition von „Fluchtgefahr“, die nach Einschätzung von Pro Asyl für nahezu jeden Flüchtling eine willkürliche Inhaftierung oder Abschiebungshaft zur Folge haben kann. *„Wir kritisieren scharf, dass das Gesetz eine pauschale Kriminalisierung von Flüchtlingen ermöglicht. Wer Flüchtlinge wegen Gebrauch von gefälschten Einreisepapieren zum Straftäter abstempelt, ist weltfremd oder stellt sich dumm. Wie sollen verfolgte Menschen einen Pass von ihrem Verfolgerstaat oder ein normales Visum bekommen?“*, so Sharifi.

Damit stellt das geplante „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ keine Lösung für dringende Probleme im Asyl- und Aufenthaltsrecht dar. Wie bereits bei der letzten Asylrechtsreform, dem „Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer“, gehen Verbesserungen für eine Gruppe mit massive Verschlechterungen für andere einher. Das ist unzulässige politische Geiselnahme!

Stellungnahme von Pro Asyl:

http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q_PUBLIKATIONEN/2014/PRO_ASYL_Stellungnahme_zum_Referentenentwurf_Neubestimmung_Bleiberecht_und_Aufenthaltsbeendigung_5_Juni_2014.pdf

Kurzstellungnahme von Pro Asyl:

http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q_PUBLIKATIONEN/2014/PRO_ASYL_Kurzstellungnahme_zum_Referentenentwurf_Neubestimmung_Bleiberecht_und_Aufenthaltsbeendigung.pdf

Für Rückfragen:

Mitra Sharifi Neystanak: 0049-171-4175862

Geschäftsstelle der AGABY: 0911/92318990; agaby@agaby.de